

Bremen, den 28.01.2024

Betreff: Antrag Auskunft über das Auslaufen der Sozialbindung

Radio Bremen berichtet am 2. August 2023 im buten un binnen-Regionalmagazin (www.butenunbinnen.de/nachrichten/sozialwohnungen-bestand-bremen-100.html) über den Rückgang der Sozialwohnungen in Bremen. Laut Baureport waren es 2006 noch 12.300, Ende 2022 nur noch 6.247, das ist eine Halbierung des Bestandes innerhalb von 17 Jahren. Damit hat die Stadt Bremen ihr Ziel, bis 2023 auf 8.000 Sozialwohnungen zu kommen, klar verfehlt.

Gemäß § 7 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter stellen wir hiermit eine Anfrage an die zuständige senatorische Behörde und möchten Auskunft erhalten, wann im Stadtteil Gröpelingen Sozialbindungen für Wohnungen auslaufen. Wir bitten um Mitteilung darüber, um welche Objekte es sich dabei im Detail handelt. Wir bitten um Auflistung der Objekte für die Jahre 2023, 2024, 2025 und 2026.

Dieter Winge und Fraktion DIE LINKE in Beirat Gröpelingen

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen erbittet sich detaillierte Informationen zu dem am 12.12.2023 vom Bremer Senat beschlossenen Eckpunktepapier der „integrierten Drogenhilfestrategie“ durch die verantwortliche Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz.

Begründung:

Im Rahmen des oben benannten Eckpunktepapiers werden folgende für den Stadtteil Gröpelingen relevante Punkte benannt und mit konkreten Summen hinterlegt.

1. Beteiligung der Beiräte
2. Aufstockung Streetwork VIM in Gröpelingen auf 0,5 VZ
3. Errichtung und Betrieb eines Tagesaufenthaltes in Gröpelingen
4. Aufstockung des Ordnungsdienstes
5. UBB: Erhöhung der Reinigungsfrequenzen
6. DBS: Erhöhung der Sammelintervalle

- 1.) In welcher Form wird die Beteiligung der Beiräte sichergestellt?
- 2.) Ab wann genau wird die Streetworkerstelle in 2024 finanziert, ausgeschrieben und die Stelle besetzt?
- 3.) - Wie genau ist die konzeptionelle Ausgestaltung der hier benannten Einrichtung?
Ist hier an eine reine Aufenthaltsmöglichkeit für Drogenkonsument:innen gedacht oder ist auch die Realisierung eines pädagogischen/therapeutischen Konzepts (Beratung, Vermittlung, SKOLL, FreD u.a.) vorgesehen?
- Welcher Träger soll hier beauftragt werden?
Wie sind die räumlichen Anforderungen an eine entsprechende Immobilie? Ist bereits ein passender Standort in Aussicht?
- Kann der Beirat bei der Suche nach einem passenden Standort unterstützen?
- 4.) Ist an den Einsatz der zusätzlichen Mitarbeiter:innen des Ordnungsdienstes auch in Gröpelingen und der Neustadt gedacht? Wenn ja, in welchem Umfang und wie kann der Einsatz im Stadtteil auch sichergestellt und überprüft werden?
- 5.) Ist eine Erhöhung der Reinigungsfrequenzen auch in Gröpelingen und der Neustadt vorgesehen?
- 6.) Werden auch die Sammelintervalle der DBS in Gröpelingen und der Neustadt erhöht?
- 7.) Wie genau sieht der Zeitplan für die Umsetzung der o.g. Maßnahmen aus?



Die Linke



im Beirat
Gröpelingen

Kommunale Wärmeplanung in Gröpelingen

2023 hat der Bundestag mehrheitlich die Änderung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) beschlossen (siehe [Spiegel online](#)). Das Gesetz zielt darauf ab, durch einen schrittweisen Austausch von Öl- und Gasheizungen das Heizen klimafreundlicher zu machen (siehe [Spiegel online](#)).

Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohner*innen müssen bis Mitte 2026 eine kommunale Wärmeplanung vorlegen, also auch Bremen. Laut [tagesschau.de](#) soll mit ihr ermittelt werden, wie Gebäude bisher beheizt werden und wie dies in Zukunft klimaneutral geschehen kann. Neue Vorschriften für Bestandsbauten sollen erst gelten, wenn die kommunalen Wärmeplanungen vorliegen. Bürger*innen sind verunsichert, für sie ist es wichtig, jetzt schon zu erfahren, wohin „die Reise“ geht und was das Gesetz genau für sie bedeutet. Ein Abwarten bis 2026 ist nicht zumutbar.

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat Gröpelingen fordert die zuständigen senatorischen Behörden auf, in der ersten Jahreshälfte 2024 auf einer Sitzung des Stadtteilparlaments dem Beirat sowie den Bürgerinnen und Bürgern zu erörtern, welche Arten der Wärmeversorgung im Stadtteil möglich sind. Dabei ist ein Übersichtsplan über bisherige Fernwärmemöglichkeiten in der Hansestadt vorzustellen.

Weitere Institutionen und Unternehmen, wie beispielsweise die Erdwärme-Initiative Humboldtstraße, Energiekonsens und/oder die swb sollten auf dieser Sitzung ebenfalls anwesend sein, um mögliche Konzepte vorzustellen.

Dieter Winge und die Linksfraktion im Gröpelinger Beirat

Antrag auf Prüfung der Ausgleichsfläche für den Neubau der Oberschule im Park

Der Beirat Gröpelingen möge beschließen:

Der Beirat fordert die Senatorin für Umwelt, Bau und Stadtentwicklung auf, das als Ausgleichsfläche für den Neubau der Oberschule im Park in Oslebshausen avisierte Areal westlich der JVA Oslebshausen hinsichtlich seiner Eignung unter ökologischen Gesichtspunkten sowie unter dem Aspekt zu prüfen, inwieweit die Bewohner:innen des Stadtteils von dieser Ausgleichsfläche profitieren. Der Beirat fordert die zuständigen Stellen auf, sich mit der Frage einer sinnvollen Alternativfläche zu beschäftigen, die den hier angesprochenen Ansprüchen genügt.

Begründung: Bei der vorgesehenen Ausgleichsfläche ist an ein Areal „westlich der Carl-Krone- Straße zwischen BAB 27 und ehemaliger Justizvollzugsanstalt “ (Begründung zum Bebauungsplan 2548, https://www.bauleitplan.bremen.de/begr/begr_02548.pdf?submit=Begr%FCndung) gedacht. Bei diesen Flächen handelt es sich vermutlich um Grünland in einer traditionellen Niedermoorlandschaft. Diese Landschaftsform zeichnet sich dadurch aus, dass sie große Mengen Kohlenstoff speichert (vgl. Thünen-Report 64, https://www.thuenen.de/media/publikationen/thuenen-report/Thuenen_Report_64.pdf). Werden derartige Flächen nun mit einem Wald bepflanzt, so werden durch die Bearbeitung die oberen Bodenschichten aufgebrochen und Kohlenstoff kann in Verbindung mit Sauerstoff als schädliches Klimagas CO₂ entweichen. Positive ökologische Effekte einer Aufforstung werden durch diesen Effekt evt. konterkariert. Wir bitten um genaue Darstellung der hier in Rede stehenden Projektfläche. Des Weiteren fordern wir die Prüfung der o.g. Problematik und etwaiger ökologisch negativer Folgen durch die Aufforstung.

Außerdem befindet sich die hier angedachte Fläche weit außerhalb des gewöhnlichen Aufenthaltsbereichs der Bewohner:innen des Stadtteils, so dass diese keinen erkennbaren Nutzen von dieser Fläche haben. Aus diesem Grunde fordern wir eine Prüfung, ob hier weitere Flächen als Ausgleichsfläche in Betracht gezogen werden können. In Frage käme hier beispielsweise die Erweiterung des geplanten sog. Klimawaldes nördlich der Reitbrake vor der Großwohnanlage Wohlers Eichen.

Dieter Winge und de Fraktion die LINKE im Beirat Gröpelingen